
NSGB – Kreisverband Vechta, Kirchstraße 3, 49456 Bakum

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Bakum, den 23.01.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir, die Bürgermeisterin und die Bürgermeister der neun Städte und Gemeinden des NSGB Kreisverbandes Vechta möchten hiermit die Solidarität gegenüber den aktuell protestierenden Landwirtinnen und Landwirte aus unseren Städten und Gemeinden, aber auch aus der ganzen Republik zum Ausdruck bringen.

Nach mehr als einer Woche der Proteste ist deutlich geworden, dass es sich hierbei längst nicht mehr nur um einen Protest gegen die Abschaffung der Diesel-Rückvergütung und der KFZ-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen handelt, sondern um einen allgemeinen Protest gegen die Politik der aktuellen Bundesregierung insgesamt.

Zunächst möchten wir aber nochmals betonen, dass mit den aktuellen Maßnahmen um Dieselrückvergütung und KFZ-Steuerbefreiung von landwirtschaftlichen Maschinen gerade die Fahrzeuge der Berufsgruppe getroffen werden, die an den Weihnachtsfeiertagen im Landkreis Vechta neben den Feuerwehren dafür gesorgt haben, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner, die von Hochwasser bedroht waren, ein trockenes Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien feiern konnten. Viele von Ihnen haben dafür selber ihr Weihnachtsfest aufgegeben oder eingeschränkt.

Ohne den ständigen Einsatz von landwirtschaftlichem Gerät sähe es in Not- wie Katastrophenfällen in unseren Städten und Gemeinden wesentlich schlechter aus. Es sind gerade die Gerätschaften der Landwirte, die dann zum schnellen und unkonventionellen Einsatz kommen. Häufig wird dieser Einsatz nicht einmal in Rechnung gestellt. Nunmehr sollten diese Gerätschaften und damit die landwirtschaftlichen Familienbetriebe als „Dankeschön“ dafür auch noch extra steuerlich veranlagt und damit mehr belastet werden. Das sorgt natürlich für Unmut.

Der sich darüber hinaus aus den speziellen Sparmaßnahmen der Bundesregierung entwickelte allgemeine Protest gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung ist unseres Erachtens durchaus verständlich. Schon allein die Kommunikation vom „Sparen“ bei gleichzeitiger Erhöhung von Steuern und Abgaben (CO₂-Preis) verwirrt die Menschen eher als es die Glaubwürdigkeit in Politik stärkt und trifft z.B. durch die Erhöhung der CO₂-Bepreisung noch zusätzlich die ländlichen Räume. Eben jene Räume werden von den Familien der landwirtschaftlichen Betriebe seit Generationen gestaltet.

Aber es ist leider nicht die einzige Maßnahme der letzten Jahre, die unsere ländlichen Räume getroffen hat. So diskutieren wir Städte und Gemeinden im Landkreis Vechta seit einem Jahrzehnt die Anbindung der sog. unterversorgten Haushalte, vor allem im Außenbereich, mittels Glasfaserleitungen. Die Städte und Gemeinden haben den Landkreis Vechta beauftragt, die Maßnahme gebündelt umzusetzen. Der Landkreis Vechta bemüht sich seitdem nach Kräften um diese Umsetzung. Es wurden viele Millionen Euro Fördergeld des Bundes und auch des Landes Niedersachsen eingeworben. Allerdings konnte der flächendeckende Ausbau der Glasfaserleitungen leider immer noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Die Gründe dafür liegen in der überbordenden Regelungswut der Förderstellen (Bundesförderstelle athene.com) und im Vergaberecht. Hier muss man daher die sog. „Deutschlandgeschwindigkeit“ als Schneckentempo bezeichnen. Denn viele unserer Einwohnerinnen und Einwohner haben bereits im Jahre 2019 Verträge unterzeichnet, die immer noch nicht umgesetzt werden können, weil die erforderliche Glasfaserleitung schlicht noch nicht gebaut wurde. Eben jene Leitungen sind ein Grundbedürfnis für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Republik und auch für eine moderne Landwirtschaft in den ländlichen Regionen, zu denen auch unsere Städte und Gemeinden zählen.

Wir hegen die Hoffnung, dass die nunmehr begonnenen Proteste durch die Landwirtschaft die Politik auch dahingehend bewegen einen Prozess der Entbürokratisierung in unserem Land Realität werden zu lassen. Wir scheinen uns in Deutschland in den letzten Jahren durch unsere selbst erschaffene Regelungswut immer mehr eingeengt zu haben und schaffen es nun in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten dadurch nicht die nötige Dynamik zu erzeugen, um das Land wieder wettbewerbsfähig zu machen. Daher ist die einzige Lösung darin zu sehen, konsequent jede überflüssige Vorschrift zu streichen, um dadurch allen Marktteilnehmern aus Landwirtschaft, Wirtschaft aber auch der öffentlichen Hand wieder mehr Freiraum zu gewähren und damit die Investitionsbereitschaft in unserem Land zu stärken. Hier bieten wir uns gern mit eigenen

Vorschlägen zu den Themen Baurecht, Vergaberecht und Fördermittelrecht an und freuen uns über den Dialog mit Ihnen.

Abschließend möchten wir noch einmal betonen, dass wir uns mit den friedlichen Protesten und Demonstrationen der Landwirtinnen und Landwirte aus unseren Städten und Gemeinden und darüber hinaus solidarisieren und ihre Anliegen unterstützen. Anhand der o.g. Beispiele haben wir aufgezeigt, wie wichtig die Landwirtschaft vor Ort nicht nur als Wirtschaftsfaktor ist, sondern auch als Unterstützer der örtlichen Gemeinschaft. Darüber hinaus möchten wir folgende Appelle an Sie und die Bundesregierung richten:

Wir halten es für erforderlich, die Menschen in unserer Republik als zentrale Zielebene der Politik zu sehen und weniger die Wirkung der Politik in der Medienlandschaft.

Wir halten es für erforderlich, dass alle Menschen in unserem Land in den Blick genommen werden und das beinhaltet urbane, aber eben auch ländliche Räume, um das grundsätzliche Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserer Republik nicht aus den Augen zu verlieren.

Wir halten es abschließend für erforderlich, dass die wichtigste Basis für Vertrauen in die Politik Verlässlichkeit darstellt. Hier haben wir insbesondere nach den jüngsten Entscheidungen zum 17 Mrd. Euro großen Haushaltsloch, aber auch aus der jüngeren Vergangenheit (Wegfall der KfW-Förderung für den Wohnungsbau über Nacht, kurzfristige Streichung der E-Auto Prämie) großen Nachholbedarf in der Bundespolitik festzustellen.

Wir freuen uns über den nunmehr einsetzenden Dialog auf allen Ebenen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Tobias Averbeck
Vorsitzender NSGB-Kreisverband Vechta
Bürgermeister der Gemeinde Bakum



Stadt Damme



Stadt Dinklage



Gemeinde Goldenstedt

Gemeinde Holdorf

Stadt Lohne

Gemeinde Neuenkirchen-Vörden

Gemeinde Steinfeld

Gemeinde Visbek